

Aus dem Gemeinderat

Wichtige Entscheidungen getroffen – Gemeinde mit großem Potenzial für „erneuerbare Energien“



Die Technik der Photovoltaikanlagen hat sich in den letzten Jahren enorm weiterentwickelt. Ob horizontal oder vertikal, hier gibt es viele Möglichkeiten zur Anpassung an individuelle Bedürfnisse. ©pixabay

Es geht voran in der Gemeinde Weilerswist: Mit ihren einstimmigen Beschlüssen zu Vergabeentscheidungen machte der Gemeinderat jetzt den Weg für drei Bauvorhaben frei: Der Kunstrasenplatz in Lommersum wird erneuert – hier machten sich die Flutschäden im Untergrund erst ein Jahr später bemerkbar. Die Erneuerung kann dennoch über die Fluthilfe abgerechnet werden.

Ebenfalls einstimmig wurden die Tiefbauarbeiten zur Erweiterung der Grundschule Weilerswist sowie die Vergabe zur Beschaffung von Containern zur Unterbringung weiterer Flüchtlinge entschieden. Diese werden in unmittelbarer Nähe zur bestehenden Flüchtlingsunterkunft auf der Martin-Luther-Straße entstehen.

Einen entscheidenden Schritt, die Gemeinde Weilerswist in Sachen „erneuerbare Energien“ gut aufzustellen, gingen die Mitglieder des Gemeinderates mit ihren mehrheitlich gefassten Beschlüssen in ihrer letzten Sitzung: Um Flächen für die Aufstellung von Photovoltaikanlagen bereitstellen zu können, wurde sowohl eine Flächennutzungsplanänderung landwirtschaftlicher Flächen als Sonderbaufläche als auch die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen.

Beide Änderungen sind mit der Zweckbestimmung Photovoltaik versehen. Eine andere Nutzung dieser Flächen, die sich im Bereich östlich der Autobahn 1, angrenzend an die Ortslage Neuheim befinden, ist damit ausgeschlossen. Mit den Ratsbeschlüssen wurden die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu Errichtung eines möglichen Solarparks vom Rat beschlossen und damit ein Potenzial, das die Gemeinde in Sachen „erneuerbare Energien“ aufzuweisen hat, angeschoben.

Doch Photovoltaikanlagen alleine reichen zur Umstellung auf „erneuerbare Energien“ nicht aus stellte Florian Liel von der e-ergio in seinem Vortrag während der Ratssitzung klar. Auch die Nutzung von Windkraft sei, in Verbindung mit Photovoltaik-Anlagen, wichtiges Standbein für die Energiewende. Und hier habe die Gemeinde Weilerswist ebenfalls ein großes Flächenpotenzial, vor allem entlang der Bahnschienen und der Autobahnen.

Dass die Gemeinde Weilerswist bereits seit Jahren auf Energiesparmaßnahmen setzt, stellte sie in einem Überblick dar. Viele Maßnahmen wie die Umrüstung auf LED-Beleuchtung in den gemeindlichen Gebäuden und Sportanlagen sowie die sukzessive Umstellung auf LED bei der Straßenbeleuchtung ist mittlerweile Standard. Da die Technik bei Photovoltaik-Anlagen ständig voranschreitet wird auch hier regelmäßig geprüft, welche Potenziale auf den Dächern der Gemeinde-Gebäude hierfür bestehen.

Nach Prüfung durch den Rechnungsprüfungsausschuss, die ohne Beanstandung verlief, stellte der Rat die Ausführungen zum Jahresabschluss 2021 fest und entlastete die Bürgermeisterin. Die Mitteilungen zum aktuellen Finanzstatus ergab für das erste Halbjahr des laufenden Jahres, dass sich alle Ausgaben im Rahmen der Planung bewegt haben.

Der Antrag der UWV-Fraktion, die externe Beauftragung des Winterdienstes jetzt zu kündigen und zu prüfen, ob diese Aufgabe nicht vom Bauhof übernommen werden könnte, wurde ohne Diskussion abgelehnt. Die Verwaltung hatte hierfür eine ausführliche Darstellung der Problematik dargelegt, die im Ratsinformationssystem der Gemeinde Weilerswist – wie alle Vorlagen zur Tagesordnung – nachgelesen werden kann unter <https://sdnetrim.kdvz-frechen.de/rim4510/>

Ohne Gegenstimmen beschloss der Gemeinderat auf Antrag der CDU, alle Ausschüsse zunächst aufzulösen. Nach dem Wechsel des ehemaligen CDU-Manns Hans-Peter Nußbaum in die FDP-Fraktion bemängelte letztere die nicht mehr stimmigen Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen. Ihren Antrag auf Auflösung von drei Ausschüssen erweiterte Dino Steuer als Vorsitzender der CDU-Fraktion auf alle Ausschüsse. Die Fraktionen werden jetzt ihre Vorschläge für eine Neubesetzung aller Ausschüsse und deren Vorsitz beraten. Verwaltung und Politik sind trotzdem weiterhin uneingeschränkt handlungsfähig, da wichtige Entscheidungen in Ratssitzungen getroffen werden können.